

Kommentar zur MP-Wahl von Bodo Ramelow am 5. 12.2014 in Erfurt

Liebe Freunde, Freundinnen, liebe Interessierte,

die Wahl am 5.12. von Bodo Ramelow (Die Linke) zum Ministerpräsidenten des Landes Thüringen an der Spitze einer Rot-"rot"-grünen Koalition könnte auch für religiöse und christliche SozialistInnen ein Anlass ein, sich trotz nüchternem Blick auf die realen Chancen wirklicher sozialistischer Politik qua Parlament dazu zu äußern:

Das nicht nur, weil sich hier ein Angehöriger einer sich demokratisch-sozialistisch bezeichnenden Partei zum Ministerpräsidenten wählen ließ, der sich gleichzeitig als Sozialist und Christ versteht, auch wenn er bei der Vereidigung vor dem Parlament auf die Zusatzformel "so wahr mir Gott helfe" verzichtete.

Das aber auch, weil dieses Ereignis erstmals ein Zeichen dafür sein könnte, die jahrelange Selbstblockade bestimmter politischer Parteien bei der Koalitionsbildung in deutschen Parlamenten zu beenden. Jeder Hauptschüler hierzulande weiß im Grunde, dass politisch "rechts" nicht gleich "links" ist. Dennoch wurde im Vorfeld des gestrigen Aktes und wird von CDU und ihr zugeneigten Medien bis zu teilweise peinlichen Reporter-Befragungen (Was nun Herr Ramelow? mit der ZDF-Hauptstadtstudioleiterin Frau Schausten und dem ZDF-Chefredakteur Herrn Frey; heute-Nachrichtensendung, Special, 5.12.14) nahezu jedes geeignete Detail gemäß einem plakativen Geschichtsverständnis und Gut-Böse-Muster in eine einseitige öffentliche Diskussion gezerrt, ein solches Bündnis, wie es die drei demokratischen Parteien Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen eingegangen sind, gegen die Erfahrung mit ähnlichen Konstellationen auf schmalen Grat für von vornherein fragwürdig bis unmöglich, ohne Bestand und Sinn, bedrohlich für die Demokratie, gefährlich für Staat und Wirtschaft erscheinen zu lassen, wenn nicht gar noch deutlichere alarmistisch-diffamierende Untertöne anklangen.

Der frisch gebackene Oppositionsführer der thüringer CDU, Mike Mohring, sprach in dem Zusammenhang davon, dass Gewalt kein vorherrschendes Thema in der Politik sein solle, bekräftigte aber gleichzeitig in seiner antisozialistischen Haltung **ALLES** daran zu setzen, dass diese Koalition ihr **VORZEITIGES** Ende findet! Wie wenn vor allem dies Ziel und Inhalt oppositioneller Politik sein könnte. In Deutschland, dem Land der unvollendeten und gescheiterten Revolutionen, hatte seit Bismarck und dem Kaiserreich der Antisozialismus schon immer einen aufnahmebereiten Boden gefunden. Die Motivation zu politischem Mord und Bekämpfung des politischen Gegners mit Waffengewalt kam in Deutschland stets weitaus zahlreicher, stärker und organisierter von rechts als von links. Das von der CDU herbeigesehnte vorzeitige Ende des thüringer "Experiments" freilich dürfte wenn, dann noch immer der in fünf Jahren stattfindenden nächsten Landtagswahl in Thüringen vorbehalten sein, nicht irgendwelchen subversiven Absichten einer christlichen Partei.

Bodo Ramelow hat sich in seiner Antrittsrede im Parlament für zu DDR-Zeiten begangenes Unrecht an Menschen entschuldigt, das kann man als angemessen und erforderlich ansehen. Die heutige Linkspartei 25 Jahre nach der Wiedervereinigung dafür einer Schuld, Mitschuld oder Verantwortung zu bezichtigen, ist absurd, auch wenn ein geläuterter Gregor Gysi, ehemaliges SED-Mitglied, noch immer maßgeblich zu ihr gehört. Forderte im Gegenzug zur gemeinsamen "Unrechtsstaats"-Erklärung die Linke von der SPD und den Grünen etwa eine deutliche Distanzierung von der Agenda 2010 und dem auf ihr gründenden sozialen Unrecht als Bedingung? Nein. Die Wende in der DDR (und ihr baldiges Ende) wurde von einer starken oppositionellen Minderheit in der ganzen Bevölkerung herbeigeführt. Die Arbeiterklasse der DDR, nicht Herr im eigenen Haus, war nicht in der Lage, ihr Volkseigentum gegen eine bereit stehende kapitalistische Übernahme zu verteidigen. Höchste Repräsentanten des alten Systems wie die Volksbildungsministerin blieben unbelehrbar, der letzte Staatsratsvorsitzende wurde nie Mitglied in der PDS oder Linkspartei. Ramelow hat zudem sprachliche Versöhnungsgesten angeboten, die er, selbst nie DDR-Bürger oder SED-Funktionär, vielleicht hätte besser unterlassen sollen. Sie könnten wenn, dann nur von den Leidtragenden und Opfern einer SED-Herrschaft, Einzelnen und Oppositionellen, selbst kommen.

Wer zu BRD- und DDR-Zeiten in verdeckter oder offener politischer Opposition zum Staat, seinen Organen und staatlichen Gewaltmonopol stand, musste in beiden Systemen - Rechts- wie "Unrechtsstaat" - mit u. U. heftiger politischer Reaktion in Form von Verfolgung, Strafanklage, Verurteilung und Gefängnis rechnen (und muss es hierzulande noch immer). Siehe in der BRD das KPD-Verbot, die Berufsverbote gegen zehntausende Verdächtige in Beamtendiensten, Entlassungen unliebsamer antikapitalistischer Betriebsräte, systematische Observations- und Abhörpraxis des Verfassungsschutzes und der Politischen Polizei (BKA) gegen kritisch und politisch links Eingestellte (Kriegsdienstverweigerer, Pazifisten, Befehlsverweigerer und Fahnenflüchtige bei der Bundeswehr,

gewaltfreie Blockade-Akteure, Gewalt-AktivistInnen der RAF oder des 2. Juni, AKW-Gegner, Bauplatzbesetzer, aktive Gewerkschaftler, CASTOR-Blockierer, Blockupy-Demonstranten, Autonome, Anarchisten), siehe Notstands- und "Antiterror"-Gesetze, GSG 9-Sonderpolizei, Schießbefehl an Militäranlagen, Isolationshaft in Hochsicherheitsgefängnissen usw. Widerstand und Opposition hatten in der DDR dagegen oft das Gesicht des Privaten, nicht eines organisierten Hintergrunds (Zu Weiterem siehe z. B. Heinrich Hannover: Die unheimliche Republik. Politische Verfolgung in der BRD. Hamburg 1982; ders.: Die Republik vor Gericht 1954-1974, 1975-1995. 2 Bde. Münster - Berlin 2012/13; Grundrechte-Report und Demonstrationsberichte in "Informationen" des Komitees für Grundrechte und Demokratie, Köln).

Deutlich machen muss man gleichwohl gegenüber Bodo Ramelow und dieser Drei-Parteien-Koalition, dass bei Wahlbeteiligungen von um oder unter 50 % von demokratischer Legitimation kaum noch gesprochen werden kann und beanspruchte "Mehrheiten" selbst für ein "Reformprogramm" im kompromißhaften Minimalformat keine mehr sind. Das scheint doch die viel gravierendere Problematik zu sein, über die allgemein hinweggesehen und -gegangen wird, als der vor allem antikommunistisch motivierte ideologische Diskurs um Recht und Unrecht in der DDR, der davon nur ablenken soll.

Elmar Klink, Bremen, 6.12.2014

Mitglied im Bund religiöser SozialistInnen (BRSD) und Redaktionsbeirat der Zeitschrift Christ/in und Sozialist/in (CuS)